

Dr. Thomas Rübke

Die Spiegelfabrik: Beispiel für eine neue demokratische Lebenswelt

Einleitung

Das Private ist politisch. Das war einer der wichtigsten Glaubenssätze der Studentenbewegung von 1968. Dieser maßlosen Übertreibung, ob sie nun als Kampfansage, Utopie oder Drohung gemeint war, folgten viel differenziertere Analysen. Das Konzept der deliberativen Demokratie, das vor allem Jürgen Habermas entwickelte, beginnt bei den unmittelbaren Lebenswelten der Menschen (Habermas 1992: 349-467). In ihnen finden schon Verständigungs- und Reflexionsprozesse statt, die man protopolitisch nennen könnte: Diskussionen der Eltern um Fragen der Erziehung, Reflexionen über das Verhältnis der Geschlechter und Generationen. Fragen werden erörtert, wie man wohnen will, was auf den Tisch kommen soll, wie Freizeit zu gestalten sei.

Es entstehen Formen der Vergemeinschaftung in Nachbarschaften, Vereinen, Kirchengemeinden. Diese protopolitischen Organisationen, Diskurse, Ideen und Alltagsregeln dringen in die politische Öffentlichkeit nicht selbstverständlich ein. Das Engagement im Fußballclub ist ehrenamtlich und gemeinschaftsfördernd, aber nicht umstandslos politisch. Das wird es erst, wenn es ein weiterführendes gesellschaftliches Anliegen artikuliert, das andere Gruppen interessieren könnte. Oder wenn es Ansprüche formuliert, die auf widerstreitende Interessen treffen.

Der Brückenbau zwischen Lebenswelt und politischer Öffentlichkeit ist voraussetzungsreich. Er setzt Gemeinschaftsbildung und Interessensartikulation in der Lebenswelt voraus. Und der Raum politischer Öffentlichkeit ist nicht nur Schauplatz des Austausches und Wettstreits verschiedener Meinungen und Interessen, die sich zuvor in der Lebenswelt ausgebildet haben. Er wird vielmehr selbst zum demokratischen Lern- und Erfahrungsraum, in dem um neue gemeinsame Lösungen im Respekt vor den Interessen anderer gerungen werden muss. (Dewey 1996)

Dieser Brückenbau ist nicht nur voraussetzungsreich, sondern auch fragil. Zum einen, weil Gemeinschaftsbildung in der Lebenswelt nicht mehr selbstverständlich von statten geht. Andreas Reckwitz Analyse einer Gesellschaft der Singularitäten zeigt unser Streben nach Einzigartigkeit und Besonderheit, das sich auch in bornierten Gemeinschaften ausprägen kann. (Reckwitz 2017)

Identitäre Strömungen, die auf kulturellen Essentialismus abzielen, sind auf Ab- und Ausgrenzung bedacht und daher zutiefst undemokratisch. Denn das Wesen des Politischen ist es gerade, die isolierten Funktionen der gesellschaftlichen Subsysteme (Willke 1995) zu verknüpfen. Schon Plato verglich in den demokratischen Stadtrepubliken Griechenlands die Rolle der Politik mit dem Weberhandwerk. Die einzelnen Meinungen, unreflektierten Traditionsbestände und Vor-Urteile, die aus der Lebenswelt notwendig hervorgehen, müssen durch politische Urteilskraft (Arendt 1983) relativiert, kritisiert und im fruchtbaren Austausch bereichert werden, um zu gemeinsamen Lösungen zu führen.

Aber nicht nur die lebensweltliche Gemeinschaftsbildung ist fragil. Auch die Orte der politischen Öffentlichkeit sind unwirtlich geworden. Immer weniger Menschen wollen sich darin aufhalten. Parteien verlieren seit Jahrzehnten an Mitgliedern, soziale Bewegungen an Schwung. Und wer sich doch in die Öffentlichkeit hineinbegibt, sieht sich schnell Vorwürfen und Anfeindungen ausgesetzt. Politisches Gestalten macht vielen keine Freude mehr, die übernommene Verantwortung wird zur Last.

Eine Revitalisierung des Politischen und Demokratischen muss diese doppelte Krise in den Blick nehmen: Sie muss gleichermaßen Antworten auf lebensweltliche Singularisierung und eine unwirtlich gewordene Öffentlichkeit finden. Wir brauchen, wie Harald Welzer zu Recht fordert, viel größere gesellschaftliche Investitionen in Demokratie. (Welzer 2018). Dazu gehören Werkstätten des Gemeinns in einer offenen Lebenswelt, Reallabore, die eine Art Scharnierfunktion zwischen der Gemeinschaftsbildung und der Wiedergewinnung des Politischen ausüben können. Das wird am besten auf lokaler und lokalpolitischer Ebene gelingen. Die derzeitige Renaissance der Städte könnte einen guten Nährboden bilden.

Wie kann das konkret aussehen? Das kann man nur beispielhaft aufzeigen mit der Einschränkung, dass es immer um besondere Lösungen gehen wird, die je nach Zielen, Themen und Kontexten variieren. Und gerade in dieser Vielfalt liegt die eigentliche, allgemeine Antwort: Die Revitalisierung des Gemeinwesens und der Demokratie kann nur durch demokratisch offene und anschlussfähige Initiativen gelingen, wenn die traditionellen Kanäle und Arenen der Demokratie verengt und erschöpft sind und einer Ergänzung und Erneuerung bedürfen.

I Das gemeinschaftliche Bauprojekt Spiegelfabrik

Das gemeinschaftliche Bauprojekt Spiegelfabrik (weitere Informationen unter www.spiegelfabrik-fuerth.de) steht nach einem drei Jahre währenden Vorlauf der Diskussionen und Planungen kurz davor, auf einem innenstadtnahen Grundstück sechzig Wohnungen mit größeren Gemeinschaftsräumen zu errichten. Derartige Wohnprojekte sind nichts Neues. Vor allem in Großstädten wie Hamburg, Berlin und München oder Universitätsstädten wie Freiburg und Tübingen gibt es davon einige. Aber die Größenordnung ist nicht nur in der 130.000-Einwohner-Stadt Fürth außergewöhnlich. Das macht das Projekt zu einer teils kniff-

ligen kommunalpolitischen Angelegenheit. Man kann sagen: Das Bauvorhaben ist zum Stadtgespräch geworden. Der Fürther Stadtrat hatte sich schon mehrmals damit befasst und der Baugruppe einhellig, über alle Parteigrenzen hinweg, den Rücken gestärkt. Die Stadtregierung unterstützt das Projekt mit allen Kräften.

Das kommt nicht von ungefähr, denn beim Errichten von Wohnungen geht es nicht nur um das Ob, sondern auch um das Wie. Viele teure und oft nicht besonders ansprechende Wohnungen wurden in den letzten Jahren von profitablen Bauträgern erstellt. Soziale, kulturelle und ästhetische Belange blieben dabei auf der Strecke. Das ist der eigentliche Verknüpfungspunkt zwischen öffentlicher Arena und dem lebensweltlich verankerten Wunsch, anders zu wohnen. Denn die Kritik an dieser Art des Bauens ist unüberhörbar geworden.

Wohnraum zu schaffen ist in fast allen größeren deutschen Städten ein Problem. Die kleine Großstadt Fürth hat allein in den letzten fünf Jahren zehn Prozent Einwohner hinzugewonnen, die innerstädtische Bebauung von Brachen ist fast abgeschlossen. Wenn weiterer Wohnraum geschaffen werden kann, dann nur durch Nachverdichtung. Dazu müsste aber das Bayerische Baugesetzbuch oder die Bausatzung der Stadt Fürth geändert werden, um die Abstandsflächen zu verringern. Fürth würde – wie die Nachbarstädte Erlangen und Nürnberg, die ihre Satzungen schon geändert haben – weiter in die Höhe bauen können, was regelmäßig Nachbarn auf den Plan ruft. Oder man müsste neue Baugebiete am Stadtrand ausweisen, was angesichts eines akut drohenden Volksentscheids zur Reduktion des Flächenverbrauches in Bayern unter massivem Vorbehalt steht.

Die Renaissance der Städte hat ihren Preis. Die moderne europäische Stadt (Siebel 2004; Hofmann-Axthelm 1993; Giesecke et. al. 2016: 342-427) zeichnete sich immer durch ihre soziale Kraft der Integration aus. Sie konnte das leisten, weil sie ein belastbares Gleichgewicht von Offenheit für Zuwanderung und Stadtgemeinschaft über Jahrhunderte herstellen konnte. Urbanität verband die Freiheit des Einzelnen („Stadtluft macht frei“) mit vielfältigen Chancen der Gemeinschaftsbildung und organischen Kooperationsmöglichkeiten, die das geschlossene Dorfmilieu nicht bieten konnte.

Das derzeit überhitzte Wachstum begünstigt hingegen Singularisierung und Exklusion. Die Zahl der Singlehaushalte in den Städten ist enorm gestiegen. Für die Städte insgesamt führt das zu massiven Gefahren der Gentrifizierung. Viele Quartiere sind nur noch für Wohlhabende bezahlbar.

Gemeinschaftliche Wohnformen versuchen, die integrative Kraft der Europäischen Stadt wiederzubeleben. Und das Bedürfnis scheint enorm. Ohne eigens zu werben hatte das Bauprojekt Spiegelfabrik in kurzer Zeit über tausend Menschen in Veranstaltungen über das Vorhaben informiert. Schon lange vor Baubeginn sind 90 Prozent aller Wohnungen vergeben. Bauen soll sich nicht in „Ton-Steine-Erden“ erschöpfen, sondern eine zugewandte Nachbarschaft ermöglichen. Viele Menschen sehnen sich danach, weil sie mit ihrer derzeitigen Wohnsituation oder Lebensperspektive unzufrieden sind.

Wohnen umfasst weitere politische Fragen: Den demografischen Wandel. Wie wird sich das Alter oder das Zusammensein der Generationen gestalten? Der Kinderwunsch entscheidet sich vielleicht am unbezahlbaren Wohnraum. Wieviel Vertrauen können wir in unsere Nachbarschaft setzen? Können wir uns in Notsituationen auf sie verlassen. Oder: Wie soll Mobilität in der Stadt organisiert werden, wenn der Individualverkehr an seine Grenzen stößt? Immer wieder entstehen aus lebensweltlichen Bedürfnissen öffentlich politische Diskurse.

Durch den enormen Einsatz von Bürgerschaftlichem Engagement und den Verzicht auf Profite gelingt es Baugruppen in der Regel, billiger als kommerzielle Firmen zu bauen. Und die Zufriedenheit steigt in dem Maße, in dem man nicht nur die eigene Wohnung, sondern das unmittelbare Umfeld mitgestalten kann. Sozialpolitische Herausforderungen wie Inklusion, Integration, soziale und kulturelle Mischung stehen für eine neue Stadtutopie und gegen Tendenzen der Segregation und Gentrifizierung.

Diese Ziele stehen in vielen Absichtserklärungen gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Umgesetzt werden sie aber meist nur, wenn man sie zu harten Kriterien macht und es nicht nur bei schönen Träumen belässt. Auch Wohnprojekte stehen in der Gefahr, zu Neogemeinschaften der modernen Mittelschichten (Reckwitz 2017: 384 ff.) zu werden, die eine besonders ausgeklügelte Wohnform suchen. Wie hat die Baugemeinschaft Spiegelfabrik ihre Wünsche umgesetzt?

Zunächst lässt die Größenordnung des Projekts eine Generationenmischung zu. Kleine Wohngemeinschaften mit zehn oder zwanzig Parteien können den Anspruch der Generationenmischung selten einlösen. Ein Drittel der Wohnungen wurde für junge Familien reserviert, ein Drittel für die Gruppe Über-55-Jahren. Das restliche Drittel dazwischen sind Familien mit schulpflichtigen Kindern. Die Älteren fühlen sich, angesichts der Sorgen ums eigene Altwerden stärker angesprochen, und sie haben oft die notwendigen Mittel und mehr Zeit, sich zu engagieren. Junge Familien kommen meist erst zum Schluss, wenn vieles schon vorbereitet ist. Den Generationenmix offenzuhalten, muss eine Baugruppe durchhalten. Es erhöht das finanzielle Risiko.

Die Baugruppe hat neben der Eigentümergemeinschaft als GbR eine Genossenschaft gegründet, die bezahlbaren und sozial geförderten Wohnraum schafft. Die Kleingenossenschaft mit etwa ein Drittel der Wohnungen wäre durch die Vermietung alleine nicht lebensfähig. Deshalb sind alle Eigentümer in die Genossenschaft eingetreten und übernehmen nicht verzinsten Solidaranteile über 250.000 Euro, damit beispielsweise vier Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge errichtet werden können. Die Genossenschaft übernimmt die Hausverwaltung für das ganze Anwesen und schafft sich damit eine zusätzliche Einnahmequelle.

Derartige Hybride von Genossenschaft und Eigentümern sind sehr ungewöhnlich. Sie ecken an vorhandene Vorschriften an. Zunächst forderte die Landesbehörde, die über die Zuschüsse für geförderten Wohnraum entscheidet, einen architektonisch getrennten Eigentümer- und Mieterblock. Das hat die Baugemeinschaft abgelehnt und sich für eine Durchmischung von Miet- und Eigentumswohnungen entschieden. Ja, sie hat sogar die besten Lagen der

Genossenschaft zugeschlagen, um sie aus einer möglichen Spekulation der Privateigentümer herauszuhalten. Nach langer Überzeugungsarbeit waren die Behörden derart von dem ungewöhnlichen Mischmodell überzeugt, dass es die Baugruppe auf dem Jahreskongress der Obersten Bayerischen Baubehörden als gelungenes Beispiel vorstellen durfte.

Ein weiterer politischer Streitpunkt betraf die Mobilität. Die Baugruppe wünschte sich reduzierte Autostellplätze in Abweichung von der geltenden Stellplatzsatzung in Verbindung mit einem Carsharingkonzept. Zudem sollen zweihundert Stellplätze für Fahrräder entstehen. Nachbarn wandten sich sofort besorgt an die Stadt, weil sie um das Parkplatzangebot fürchteten. Auch hier löste die Baugruppe kommunalpolitische Diskussionen aus, denn der städtische Parkraum ist so überlastet, dass es letztlich mit einem Weiter so nicht mehr getan ist. Neue Wege müssen eingeschlagen werden. Etwa ein Drittel der künftigen Bewohnerschaft der Spiegelfabrik hat heute schon kein Auto, ein weiteres Drittel wäre bereit, das Auto mit anderen zu teilen. Das soll nun, gedeckt durch eine politische Experimentierklausel, erstmals in Fürth ausprobiert und evaluiert werden.

Eine andere politische Initiative der Baugruppe richtet sich auf die soziale Öffnung des Wohnprojektes zum Stadtteil. Neben den Flüchtlingswohnungen wird die Lebenshilfe eine Wohngruppe für vier Menschen mit geistiger Behinderung beziehen. Sie erwartet sich von diesem Modell wichtige Erkenntnisse für weitere Wohngemeinschaften, die sie in ‚normalen‘ Wohnanlagen einrichten will. Ein Handbuch für inklusives Wohnen soll entstehen. So wird die Wohngemeinschaft zum Testfall sozialpolitisch gewünschter Inklusion.

Gemeinsam mit der Lebenshilfe wird die Baugruppe, die neben der Genossenschaft auch einen gemeinnützigen Trägerverein gegründet hat, ein Nachbarschaftsbüro im Erdgeschoss der Anlage betreiben, um sich zum Quartier hin zu öffnen. Dazu werden Lebenshilfe und Stadt Fürth je eine halbe Personalstelle beisteuern, die Baugemeinschaft will sich durch ehrenamtliche Initiative einbringen. Die Stadt wird die Räume des Quartiersbüros kaufen. Die Gemeinschaft will ihre Gemeinschaftsflächen, zu denen eine Werkstatt, ein Kunstraum und ein Saal auf dem Gelände gehören, für den Stadtteil teilweise öffnen.

Auch hier entsteht wieder kommunalpolitischer Diskussionsbedarf, denn mit diesem und drei weiteren Quartiersbüros wird ein wichtiger Teil der Fürther Sozialpolitik nun sozialräumlich ausgerichtet. Wenigstens in Fürth ein Novum.

Es gibt viele weitere in die Stadtgesellschaft hineinreichende Ideen des Bauprojekts, etwa die Bepflanzung eines Beetes für „Essbare Stadt“ unmittelbar vor dem Quartiersbüro, an dem sich Vorübergehende, gleichsam durch legalen Mundraub, bedienen können. Oder ein gemeinsamer Urban-Gardening-Bereich.

Diese Haltung zum gemeinschaftlichen Teilen setzt sich innerhalb der Baugemeinschaft fort. Sie hat sich mit einem gewissen Augenzwinkern eine Gemeinschaft der „Commonauten“ genannt. Commons, also Güter gemeinsam zu besitzen und zu nutzen, ist ihr ein großes Anliegen, aber es gilt dabei, die individuellen Grenzen auszuloten. Immer wieder branden Dis-

kussionen auf: Will man beispielsweise eine gemeinschaftliche Waschküche oder doch lieber eine Waschmaschine in den eigenen vier Wänden? Einen von allen genutzten Gerätepool, der auch vom umliegenden Stadtteil genutzt werden kann? Welche öffentlichen Flächen sollen gemeinsam bewirtschaftet werden?

Commonauten machen das Gemeinsame nicht zur ideologischen Vorgabe, sondern zu einem Forschungsprozess im Reallabor. Wieviel Gemeinschaft wollen alle, vertragen alle? Wo lehnt man Gemeinschaft als Zumutung und Bevormundung ab? All dies muss auch wieder gelernt werden, denn viele haben sich an singularisierte Lebensstile gewöhnt, die ihnen zwar unbehaglich, aber, wie es Gewohnheiten an sich haben, auch nicht einfach abzulegen sind. Commonauten wollen das Gelände zwischen Gemeinschaft und Individualität beherrschen, aber ohne vorgegebene Scheuklappen erkunden. So wie die Argonauten der griechischen Sage fahren sie ins Unbekannte und müssen gemeinsam nach Orientierung suchen.

Die Frage der Balancierung von Gemeinschaft und Individualität muss sich natürlich in der Architektur widerspiegeln. Es gibt viele öffentliche, halböffentliche und private Bereiche mit unterschiedlichen Aufenthaltsqualitäten und Funktionen: Sonnig und schattig, leise und laut, Räume für Versammlung, das gemeinschaftliche Kochen, für Kunst und Handwerk. All dies will die Baugruppe nicht exklusiv nutzen, sondern auch mit dem Stadtteil teilen. Und es hat den Effekt, dass man die benötigte Fläche im eigenen Privatraum verkleinern kann, etwa durch eine gemeinsame Gästewohnung. Das macht Wohnen billiger.

Auch hier entstehen wieder Gruppendiskurse, wieweit diese Öffnung gehen soll, ohne die eigenen Anliegen privaten Wohnkomforts einzubüßen. Und es löst einen über die Baugruppe hinausreichenden politischen Diskurs in der Stadtgesellschaft aus. Die sozialpolitisch Verantwortlichen begrüßen diese Öffnung der Gemeinschaftsräume, da sie die Möglichkeiten für Aktivitäten des Quartiersbüros erweitern. Die Bauverwaltung ist besorgt, weil schon Bürger angerufen haben, die mehr Lärmimmissionen und Verkehr fürchten.

Die Architektur kann hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden, daher nur ein weiteres Schlaglicht: Die Erschließung des barrierefreien Baukörpers erfolgt über Laubengänge. Sie hatten nach vielen überzeugenden Realisierungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen massiven Bedeutungsverlust als sozialer Treffpunkt erlitten, als sich in der Architektur seit den 1970er Jahren neben dem Wohnungseingang nur noch die Schießscharten der Klofenster zum Laubengang hin öffneten. Das Bauprojekt Spiegelfabrik legt hingegen die Küchen und Wohnzimmer hin zu den Laubengängen und versucht damit an ihre Ursprungsidee des Begegnungsraums anzuknüpfen. Die Galerien sind fast drei Meter breit, so dass man sie gleichermaßen als Aufenthaltsort für das Abendessen und Durchgangsort zur eigenen Wohnung nutzen kann. So werden en passant zufällige Begegnungen durch Architektur geschaffen.

II Steuerung mit demokratisch offenen Beteiligungsstrukturen

Wie lässt sich ein derart komplexes Vorhaben demokratisch steuern? Immerhin ist es ein Unternehmen, das für 17,5 Mio. Euro gemeinsam baut. Neben Bürgerschaftlichem Engagement setzen alle Beteiligten mehr als ihr Erspartes ein und verschulden sich. Das Projekt ist ein nicht unbedeutendes Sozialunternehmen. Neben der Spannung zwischen Gemeinschaft und Individualität tritt die zusätzliche Spannung zwischen unternehmerischem Handeln und demokratischen Abstimmungsprozessen. Am Bau muss vieles schnell entschieden werden, sonst drohen teure Verzugszinsen. Demokratie braucht hingegen Zeit. Dies kann nur mit einer gut durchdachten organisatorischen Aufstellung gelingen, die es den Mitarbeitenden erlaubt, ihre jeweiligen Talente einzubringen.

Immerhin sind am Wohnprojekt über hundert Menschen beteiligt. Es gibt eine Vollversammlung, die Entscheidungen trifft, aber die Vorbereitungen dazu laufen in verschiedenen Arbeitsgruppen zu Finanzen, Bau- und Grünplanung, rechtlichen Fragen, Organisationen und Gemeinschaftskonzept. Die Arbeitsgruppen können je nach Fall gemeinsame Arbeitskreise bilden. Zum Beispiel treffen sich zur Planung der Gemeinschaftsräume Mitglieder der AG Konzept und der AG Bau.

Neu hinzugekommene Interessent_innen sollen nach einer allgemeinen Einführung in einigen Gruppen mitarbeiten, um sich gegenseitig kennenzulernen. Sie erhalten eine Patin oder einen Paten aus der Baugruppe als erste Ansprechperson für Rückfragen. Erst nach einer etwa drei Monaten währenden Phase können sie Antrag auf Aufnahme in die Baugruppe stellen.

Die GbR hat eine Geschäftsführung, die sich an die Voten der Gemeinschaft hält, aber bei schnell zu treffenden Entscheidungen auch ohne Mandat handlungsfähig sein muss, um etwa größere Bauverzögerungen zu verhindern.

Die GbR hat ein großes gemeinsames Intranet mit Diskussionsplattformen zu unterschiedlichen Themen wie der Art der Bodenbeläge oder der Fliesengröße und -farbe.

In derartig großen Gruppen zum Konsens zu kommen, ist oft langwierig. Eine gute Streitkultur ist Voraussetzung. Wichtige Entscheidungen werden durch Stimmungsbilder vorbereitet, die Präferenzen sichtbar und diskutierbar machen. Ist aber dann eine Entscheidung gefallen, lässt sie sich nur schwer revidieren, denn die Baugruppe muss für ihre Kooperationspartner verlässlich und berechenbar sein.

Über die Jahre waren die Entscheidungen fast alle einstimmig gefällt worden. Vor allem ist dies der Professionalität der ehrenamtlichen Gruppe zu verdanken. Die Moderatoren der Vollversammlungen sind auch im Beruf dazu ausgebildet, es gibt Controller, Rechtsanwälte, Journalistinnen in der PR-Arbeit des Bauprojektes, Projektmanagerinnen, die das auch gelernt haben usw. Jede Sitzung wird akribisch vorbereitet, die Protokollierung verläuft während der Sitzung sichtbar per Beamerprojektion. Das klingt alles auf Effizienz getrimmt und muss es auch sein, denn alle sind sich bewusst, dass sie ein Unternehmen führen. Zum ande-

ren gibt es Stammtische, Brunches, gemeinsame Wanderungen und Grillabende, bei denen man sich näher kennenlernen kann.

Das alles bedeutet Aufwand. Zwei Grundhaltungen hat sich die Baugruppe dabei gegeben:

- Keine Zwangsbeglückung: Wie bei Schopenhauers Parabel von den Stachelschweinen, die, je mehr Nähe sie suchen, um sich zu wärmen, desto stärker die Stacheln der anderen spüren, um wieder voneinander abzurücken, muss jede beteiligte Person für sich prüfen, welches Maß an Nähe oder Distanz angemessen ist.
- „Weinberg des Herrn“: Wie im biblischen Gleichnis können alle dieselben Früchte ernten, egal ob sie kürzer oder länger bei der Baugruppe mitarbeiten, dies eher sporadisch oder mit vollem Einsatz tun. Es gibt keine Verbindlichkeiten, insofern das Engagement immer als Geschenk betrachtet wird und nicht als Leistung, die Gegenleistung einfordert. Nichts wird gegenseitig aufgerechnet. Wenn es jemandem zu viel wird, muss man vielleicht bezahlte Dienste in Anspruch nehmen, falls sich niemand aus der Gruppe für die Aufgabe findet. Das müssen dann aber alle zu gleichen Anteilen bezahlen.

Natürlich erfordern Wohnprojekte viel bürgerschaftlichen Einsatz. Es gibt angesichts der vorhandenen Risiken ungeheuer intensive, ja existenzielle Erfahrungen. Bürgerschaftliches Engagement mit seiner je eigenen Freiheit trifft auf Anforderungen mit hoher Verbindlichkeit. Letztlich geht das nur in Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Dienstleistern wie Banken, Notariaten, Rechtsanwalts- und Steuerkanzleien, Architektur- und Bauplanungsbüros.

Das ist nicht jedermanns oder -fraus Sache, weswegen viele interessierte Menschen wieder aussteigen, weil sie sehen, welche Anstrengung die Verwirklichung ihrer Träume abverlangt. Derartige Projekte werden sicher kein flächendeckendes Bauvolumen schaffen können, aber sie sind in der Lage, neuartige soziale Kerne in Quartieren zu bilden. Eine Kommune kann diese Gemeinschaftskerne fördern, zum Beispiel durch Konzeptvergaben von Grundstücken, Experimentierklauseln und die politische Bereitschaft, neue Wege der Stadtentwicklung zu beschreiten: Dann entsteht im besten Fall ein Scharnier zwischen lebensweltlicher Gemeinschaft und politischer Öffentlichkeit.

Natürlich ist die Spiegelfabrik in Fürth ein Einzelbeispiel. Aber es gibt inzwischen viele neue Projekte der Stadtentwicklung, nicht nur im Wohnbau, sondern auch bei der nachhaltigen Vermeidung von Abfall durch Repaircafés und Foodsaving-Initiativen, bei der Eroberung von Brachflächen durch Gemeinschaftsgärten und vieles mehr (siehe dazu die anregenden Almanache der FuturZwei-Stiftung. Giesecke et. al. 2016). Sie alle sind sehr unterschiedlich. Aber alle eint eine zukunftsfähige Mischung aus zivilgesellschaftlicher Gemeinschaftsbildung, sozialunternehmerischem Pioniergeist und politisch öffentlicher Einmischung. Und sie verbinden diese Anforderungen und die involvierten Menschen durch demokratisch offene Beteiligungsstrukturen.

III Öffentlichkeit und Versuchsräume für Gemeinschaftsbildung

Vor kurzem stand in meiner Heimatzeitung über den Landkreis Nürnberger Land, dass es im letzten Jahr zu einem wahren Aufschwung an demokratischer Beteiligung gekommen sei. Mehrere Bürgerinitiativen gegen Stromtrassen wurden gegründet, lokal entstanden Proteste gegen geplante Umgehungsstraßen, ein viel beachteter Bürgerentscheid zum Bau eines Altenheimes wurde abgehalten. Auch der ZiviZ-Survey belegt einen allgemeinen Trend der Neugründung von Vereinen und Gruppierungen, die sich der Propagierung politischer One-Issue-Ziele widmen (Priemer et. al. 2017: 19 f.).

Das kann tatsächlich Demokratie beleben. Es kann aber bedenklich werden, wenn es im Sinne deliberativer Demokratie nicht gelingt, für diese einzelnen Forderungen entsprechende Foren auf allen Ebenen, vom Stadtteil oder Dorf bis nach Berlin oder Brüssel, zu etablieren, in denen diese Ansprüche vertreten, bestritten, verhandelt werden können und um Kompromisse gerungen wird. One-Issue Forderungen können die von Reckwitz beschriebene Tendenz der Singularisierung und Entsolidarisierung noch verstärken.

Wir brauchen nicht nur Agoren, auf denen Meinungen und Interessen aufeinander prallen und wieder verflüssigt werden können, sondern neue (Versuchs-)Räume für Gemeinschaftsbildung – nicht nur, um fragwürdige politische Entscheidungen zu kritisieren, sondern um konstruktiv an neuen Lösungen für das Gemeinwesen zu arbeiten. Eine Gesellschaft der Singularitäten, die Reckwitz mit einer gewissen Ironie „spätbürgerlich“ nennt, muss durch Initiativen durchkreuzt werden, die über Filterblasen und Echokammern hinausgehen. Neue Kerne von Alltagsdemokratie müssen sich bilden, die über den Bereich der privaten Lebenswelt hinausreichen und in die politische Öffentlichkeit vordringen, so wie ich es exemplarisch am Wohnprojekt Spiegelfabrik in Fürth aufzeigen wollte.

Politik muss das fördern, auch wenn es manchmal unbequem sein kann. Aber auf Dauer wächst dadurch ihre Legitimationsgrundlage. Es ist die Kreuzung der sozialen Kreise (Simmel) mit all ihren synergetischen Anstrengungen und Potenzialen, die die Emanzipationsprozesse der Moderne in Gang gesetzt hat. Die Stadt ist hierfür ein privilegierter Ort, aber beileibe nicht der einzige. Die Jahrhunderte währende Tradition der europäischen Stadt, die es verstand, Identität und Begegnung mit dem Fremden zu neuen integrativen Lösungen zu verbinden, kann eine Blaupause sein. Wir brauchen mehr Räume, in denen wir den politischen Fragen, Chancen und Grenzen von Gemeinschaften nachgehen können: Soziale und kulturelle Werkstätten, Spielräume für neue Lösungen, Lernräume für neue Gedanken, Reallabore für Bürgerschaftliches Engagement.

„Einst wurden Menschen in Gemeinschaften hineingeboren und mussten ihre Individualität finden. Heute werden Menschen als Individuen geboren und müssen ihre Gemeinschaften finden.“ (Freiheitsreport der Agentur K-Hole, zit. nach Rautenberg 2015: 204) Oder in den Worten eines politischen Klassikers: Eine Vitalisierung der Demokratie zielt auf eine Gesellschaft „in der die *Freiheit des Einzelnen* Voraussetzung für die Freiheit aller ist.“ (Marx/Engels)

Bei dem Text handelt es sich um einen Auszug aus dem Beitrag „Das Heilmittel der demokratischen Krise ist mehr Demokratie. Über die Vitalität demokratischer Alltagskultur“, der im Jubiläumsheft „Zukunft der Demokratie“ zum 30-jährigen Bestehen des Forschungsjournals Soziale Bewegungen 1/2-2018 im Juni 2018 erscheinen wird.

Weitere Informationen: <http://forschungsjournal.de/>

Autor

Dr. Thomas Röbbke ist geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e. V. und Vorsitzender des BBE-SprecherInnenrates.

Kontakt: roebke@lbe-bayern.de

Literatur

Giesecke, Dana; Hebert, Saskia; Welzer, Harald (Hg.) 2017: Futurzwei. Zukunftsalmanach 2017/18. Geschichten vom guten Umgang mit der Welt. Schwerpunkt Stadt. Frankfurt am Main: Fischer.

Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hoffmann-Axthelm 1993: Die Dritte Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Priemer, Jana; Krimmer, Holger; Labigne, Anael 2017: ZIVIZ Survey 2017. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Berlin: ZIVIZ.

Rautenberg, Hanno 2015: Die Kunst und das gute Leben. Über die Ethik der Ästhetik. Berlin: Suhrkamp.

Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Frankfurt am Main 2017.

Siebel, Walter (Hg.) 2004: Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Welzer, Harald: Generation 2018, in: Die Zeit vom 4. Januar 2018, S. 3.

Willke, Helmut 1995: Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de